

senkränze als Teufelswerk verurteilen und beim Gebet der 99 Namen Allahs deren Zahl an den Fingerknöcheln abzählen müssen. Besten Geschäftssinn für das finanzielle Wohl seiner Moscheekasse bewies Abdel Wahhab mit der Ausdehnung der islamischen Wohlfahrtsabgabe, des Zakat, auf alle Einkünfte und Handelserlöse, während sie sonst immer nur von festem Vermögen an Land, Vieh oder Baulichkeiten entrichtet werden mußte.

Seine praktische Ader stellte der Sektengründer dann nach seiner Allianz mit dem saudischen Dynastiegründer Muhammad Ben Saud erneut unter Beweis, als er in deren Zentrum Daria nicht nur den Wahhabismus, sondern auch

die Feuerwaffen einführte. Seit damals hat dieses Bündnis von religiösem Rigorismus und praktisch-geschäftstüchtigem Sinn, wie er etwa auch die britischen Puritaner auszeichnete, die Bani Saud durch alle Schwierigkeiten und Rückschläge von einem kleinen Oasestamm mit nur 70 Zelten zu einer der Großmächte unserer Zeit gemacht. Für den Islam wie für die mit diesem heute im Gespräch stehenden anderen Religionen bleibt nur zu hoffen, daß sich die Saudis in ihrer neuen Rolle doch früher oder später der aufgeschlosseneren Richtung eines Afghani öffnen werden, über die sie im Augenblick rein religionspolitisch gesehen einen Sieg nach dem anderen davontreiben.

Heinz Gstrein

Interview

Was bewegt den Wähler?

Ein Gespräch mit Elisabeth Noelle-Neumann

Welche wahlentscheidenden Motive bewegen den deutschen Wähler? Welches sind die Grundstimmungen in der Wählerschaft drei Monate vor der nächsten Bundestagswahl, und wo zeigen sich nach dem demoskopischen Material die Ansätze für langfristige politische Auseinandersetzungen, die über die Bundestagswahl hinausreichen? Darüber und über die Gründe, warum trotz starker Zunahme der Wählermobilität das deutsche Parteiensystem weiter stabil bleibt, sprachen wir mit Elisabeth Noelle-Neumann, Professor für Publizistik an der Universität Mainz und Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach. Die Fragen stellte David A. Seeber.

HK: Frau Professor Noelle-Neumann, ein Grunddatum der Wahlforschung der letzten Jahre besagt, wenigstens in der Bundesrepublik, daß die Zahl der Wechselwähler zunimmt. Was setzt – um es etwas salopp zu sagen – Wähler eigentlich in Bewegung, bzw. warum wechseln sie?

Noelle-Neumann: Es läßt sich, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik, ein unmittelbarer Zusammenhang nachweisen, zwischen dem Einfluß des Fernsehens und der stärkeren Tendenz zum Wechsel. Wir haben in der Mitte der sechziger Jahre Untersuchungen angestellt mit Personen, die damals noch über kein Fernsehen verfügten. Dieselbe Untersuchung haben wir später nach zwei Jahren, nachdem die Betroffenen ein Fernsehgerät hatten, wiederholt. Im Vergleich zu Kontrollgruppen, die vorher und nachher noch kein Fernsehgerät hatten, zeigten sich zwei Ergebnisse. Es änderte sich mit der Anschaffung des Fern-

sehgeräts die Sensibilität für politische Fragen. Es nahm das Interesse für Politik deutlich zu, es fand aber zugleich eine beträchtliche Verunsicherung statt. Politik wurde nach zwei Jahren Fernsehbesitz als viel unruhiger, viel konfliktrichtiger und auch als viel unverständlicher empfunden, als bevor das Fernsehgerät angeschafft wurde. Das Fazit: Politik wird durch das Fernsehen zwar interessant und aufregend, weil das Fernsehen eine Vorliebe hat für das vorzeigbare Ereignis, aber zugleich wächst damit die Unsicherheit darüber, welches wohl die richtigen Lösungen seien. 1972 haben wir wiederum mit der Methode der Wiederbefragung verglichen, wie sich die Wähler zu Parteien, zu Argumenten, aber vor allen Dingen zu Personen am Anfang und am Ende des Wahlkampfes verhielten. Wir konnten bei dieser Gelegenheit zeigen, daß diejenigen, die regelmäßig politische Sendungen im Fernsehen verfolgten, ihre Einstellungen viel stärker änderten als diejenigen, die wenig politisches Fernsehen sahen, und das war unabhängig davon, ob sie viel oder wenig Zeitungen lasen. Der bestimmende Faktor war also viel oder wenig Fernsehen; ob viel oder wenig Zeitungen, machte für die Stärke der Veränderungen in der politischen Einstellung nichts aus.

„Ein neuer Trend muß sich im sozialen Umfeld durchsetzen, damit sich auch die Meinung des Einzelnen ändert“

HK: Wäre das also in erster Linie eine Frage an das Informationsvermögen bzw. an die Eigenarten und psycholo-

gischen Grenzen der Medien bzw. des Mediums Fernsehen, oder wie erklären Sie sich diesen Vorgang?

Noelle-Neumann: Die Erklärung liegt darin, daß das Fernsehen ein Gruppenmedium ist, d. h., die Familiengruppe benützt es in mehr oder weniger wechselnder Besetzung. Dies läßt sich jetzt auch an Hand neuer Zuschauer-messungen feststellen. Die Familie ist beim Fernsehen darauf angewiesen, daß das, was einen interessiert, auch die anderen sehen. Das hat zur Folge, daß z. B. auch Frauen, die sich um Politik eigentlich wenig kümmern, zu gleichem Anteil wie ihre politisch interessierteren Männer dieselben Sendungen sehen. Damit wird zunächst aber nur eine stärkere Aktivierung und nicht auch schon mehr Verständnis erreicht. Das hat wiederum damit zu tun, daß das Fernsehen, wie wir sagen, in fremder Zeit vermittelt, es läuft nicht mit der natürlichen Aufnahmegeschwindigkeit des Betrachters synchron. Es ist den normalen Verständnismöglichkeiten nicht angepaßt: Der eine liest z. B. langsam, der andere schnell. Lesen können wir nach unserer eigenen Aufnahmegeschwindigkeit. Aber das Fernsehen geht nach seinem Tempo weiter, auch wenn wir etwas nicht verstanden haben. Die Situation ist vielfach die: es wird vieles ohne wirklich starkes Interesse aufgenommen, nur weil es in der Familiengruppe gerade angesehen wird, und die Aufnahme muß so rasch erfolgen, daß es der Rezipient kognitiv, in seinem rationalen Gehalt, gar nicht richtig zusammenbringt. Aufgenommen aber wird die emotionale Haltung. D. h. man spürt, ob das, was man sieht, eigentlich etwas Positives oder Negatives ist. Diese Art primär emotionaler Kommunikation bedingt die stärkere Veränderlichkeit.

HK: Heißt das zugespitzt: Verstärkung der Veränderlichkeit durch Emotionalisierung des Politischen?

Noelle-Neumann: Ja, weil die rationalen, wenn Sie wollen, die bremsenden Inhalte weitgehend ausgeblendet werden. Im übrigen, daß dies keine Spekulation ist, kann man auch daran erkennen, daß die Zahl der Wechselwähler zwischen 1950 und 1965 fast konstant blieb. Erst ab 1965, als das Fernsehen die 50-Prozent-Marke überstieg und einen steilen Aufwärtstrend zeigte, stieg auch die Zahl der Wechselwähler stark an.

HK: Läßt sich dies so generell sagen, oder liegen dem Phänomen nicht objektive gesellschaftliche und Bewußtseinsveränderungen zugrunde, die mit einem bestimmten Medium nichts zu tun haben?

Noelle-Neumann: Sicher darf nicht übersehen werden, daß die Veränderungs-raten gesellschaftlicher Art, die wir in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland besonders stark erlebt haben und die bei uns im Gegensatz zu anderen Ländern, z. B. Amerika, auch zur wirklichen Strukturveränderungen geführt haben, auch das öffentliche Bewußtsein stark verändert haben. Denken Sie an die Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes oder an die

Strukturveränderungen in den Hochschulen, in unserem Bildungswesen insgesamt. Solche Strukturveränderungen, die wir in anderen Ländern in dieser Stärke nicht vorfinden, führen in bezug auf die öffentliche Meinung selbstverständlich auch zu einer stärkeren Ambivalenz. Denn bisher stabile Gruppenzusammenhänge sind auf dem Wege solcher Strukturveränderungen gelockert worden, und damit ist etwas entfallen, was früher für die politische Stabilität sehr maßgeblich war. Die frühen Klassiker der Wahlforschung wie Paul Lazarsfeld und Bernard Berelson gingen noch von der Überzeugung aus, Menschen würden ihre Meinungen auch durch die stärksten Wahlkampf-anstrengungen kaum verändern lassen, weil ihre politischen Ansichten zugleich das Bindemittel mit den Menschen bilden, mit denen sie zusammen sind, mit ihrer Familie, ihren Freunden, ihren Kollegen am Arbeitsplatz. Jeder, der als Einzelner vielleicht eine Wahlkampfwerbung sehr überzeugend findet, müsse sich allein schon deswegen sehr hüten, sich davon umorientieren zu lassen, um nicht seine Gruppenbindungen zu gefährden. An dieser These ist auch heute noch richtig, daß Menschen sich nicht gerne von ihren gesellschaftlichen Bindegliedern isolieren lassen. Daraus läßt sich die Erkenntnis ableiten, daß Menschen gar nicht so sehr als Einzelne eine Positionsänderung vollziehen können, sondern in der Gruppe. Ein neuer Meinungstrend muß sich in seiner ganzen sozialen Umwelt durchsetzen, damit sich auch die Meinung eines Einzelnen ändert, d. h., erst wenn Gruppenbildungen stabilisierender Art durch gesellschaftliche Veränderungen erschüttert werden – denken Sie an die Lockerung des Rollenverständnisses von Mann und Frau oder an Veränderungen des Rollenverständnisses verschiedener Berufsgruppen –, verändert sich auch die Bewußtseins- und Entscheidungssituation des Einzelnen.

„Bereitschaft zur Identifizierung bedeutet für die Parteien einen nicht unerheblichen Schutz“

HK: Offenbar hat die Auflösung oder Umformung stabilisierender Bindungen vor allem in den Primärgruppen auch damit zu tun, daß Kritik und Mißtrauen gegenüber Großinstitutionen jeglicher Art – Staat und Kirche eingeschlossen – zugenommen haben. Die Stabilität unseres Parteiensystems ist aber davon kaum tangiert. Dieses erscheint trotz höherer Institutionenkritik und größerer Wählermobilität als stabiler denn je. Wie erklären Sie sich das?

Noelle-Neumann: Wir wissen, je stärker jemand mit den Massenmedien Kontakt hat, desto kritischer wird er gegenüber der Institution. Dieser Sachverhalt läßt sich in den verschiedensten demographischen Gruppen beliebig oft reproduzieren. Walter Lippman hat diesen Sachverhalt bereits anfang der zwanziger Jahre festgestellt. Die Kommunikationswissenschaft ist diesem Sachverhalt seit Mitte der fünfziger Jahre intensiv nachgegangen. Es zeigt sich,

daß bestimmte Elemente von den Massenmedien – wir sprechen von „Nachrichtwerten“ – bevorzugt werden. Bevorzugt werden Elemente der Kritik. D. h. das Negative findet im allgemeinen mehr Interesse als das Positive. Das entspricht zunächst einmal durchaus der verfassungsmäßigen Aufgabe der Medien als Kontrollorgan. Aber malen Sie sich einmal aus, was das bedeutet, wenn immer mehr Stunden vor dem Fernsehen zugebracht werden. Wir können heute sicher damit rechnen, daß wir pro Tag vier Stunden Freizeit für Fernsehen und andere verfügbare Medien „ausgeben“. Malen Sie sich nun aus, was daraus wird, wenn sich diese tägliche Diät, unter dem Selektionsgesichtspunkt Kritik, so anreichert. Es ist nicht weiter verwunderlich, wenn dadurch das Verhältnis zu den Institutionen in Spannung gerät.

HK: Es bleibt aber dabei, daß sich die Parteien trotz zunehmendem Mißvergnügen an Institutionen intakt geblieben, ja, von der Wählerschaft her gesehen, sich stabilisiert haben?

Noelle-Neumann: Das ist richtig. Und es dürfte nicht zuletzt daher kommen, daß sich die Parteien auch mit Hilfe der Demoskopie teils über die Massenmedien und teils auch direkt der Kommunikation mit der Bevölkerung stellen. Dadurch bleibt die Kritik jeweils nur partiell. Zum anderen wissen sie, wie stark die Parteien über die Aufsichtsgremien und die Personalpolitik speziell auf die öffentlich-rechtlichen Medien einwirken und dadurch Kritik einschränken können.

HK: Aber was die Jungdemokraten oder Jungsozialisten in einer Partei vorführen, die Führungsrivalitäten, die in den Parteien jeweils ausgetragen werden, all das bleibt dem Wähler gerade durch die Medien nicht verborgen...

Noelle-Neumann: Die Parteien sind sich darüber klar, und auch ihre Radikalen wissen, wie sehr zur Öffentlichkeit, zur Bevölkerung, zum Wähler hin Geschlossenheit erforderlich ist, wenn sie sich nicht selber ruinieren wollen...

HK: Ist es aber nicht auch so, daß die Parteien durch die Darstellung ihres Tuns in den Medien einer sehr viel stärkeren öffentlichen Kontrolle und dadurch wenigstens auch zu einer gewissen Transparenz gezwungen sind? Führungsstreit oder programmatische Pendelausschläge auf Parteiflügeln lassen sich ja nicht verbergen...

Noelle-Neumann: Überschätzen Sie diese Transparenz nicht? Parteien wissen sich gerade vor Wahlen gut dagegen zu schützen und sich jeweils das Schafsfell überzuziehen. Aber ihre Frage, warum Parteien mehr als andere Institutionen sich das Mißvergnügen der öffentlichen Meinung zuziehen, verdient noch weitere Beachtung. An dieser Frage ist auch seitens der Demoskopie noch einiges aufzuklären. Ausgehen können wir von der Tatsache, daß immerhin etwa 80 Prozent unserer Bevölkerung sich zu einer Partei bekennen. Wer sich aber zu einer Partei be-

kennt, identifiziert sich in gewisser Weise auch damit. Und diese Bereitschaft zur Identifizierung eines erheblichen Teils der Bevölkerung bedeutet für die Parteien einen nicht zu unterschätzenden Schutz.

HK: Vollziehen sich nicht gerade in den letzten Jahren starke Veränderungen in der Identifikationsbereitschaft mit den Parteien?

Noelle-Neumann: Es läßt sich nur feststellen, daß ein größerer Teil als früher seine Identifikation mit Einschränkungen versieht. So gesehen trifft, was Sie zur Institutionenkritik sagten, in gewisser Weise durchaus auch auf die Parteien zu. Die Mehrheit beurteilt eine Partei, die „ihre“, auch weiterhin positiv, die anderen überwiegend negativ. Daraus ergeben sich immer noch relativ gefestigte Identifikationen. Aber dazwischen steht der zweifellos größer gewordene Anteil derer – heute etwa 30 Prozent –, die ihrer Partei auch erheblich viel Negatives anlasten und der anderen Partei erheblich viel Positives zubilligen. Und das sind zweifellos die Wähler, die eine Bundestagswahl entscheiden.

HK: Der Bürger, der politische Zusammenhänge nicht unbegrenzt durchschauen kann, bündelt seine politischen Vorstellungen in Personen, kommt dadurch nicht ein zusätzliches Element der Emotionalität und Labilität in den Wahlvorgang als demokratischen Prozeß?

Noelle-Neumann: Es fällt natürlich auf, daß man es für ein Zeichen von Reife und für einen ruhigen Zustand in der Demokratie zu halten scheint, wenn sich Orientierungen nicht in Person-, sondern in Sachfragen darstellen. Wahrscheinlich deswegen, weil man meint, daß eine Orientierung in Sachfragen weniger demagogischen Angriffen ausgesetzt und auch weniger leicht veränderlich ist. Daran ist insofern etwas Richtiges, als der Bürger tatsächlich in Personenfragen viel bereiter ist, seine Meinung zu ändern als in Sachfragen. Er neigt viel eher dazu, etwa von einer Person, die er eben noch für gut gehalten hat, plötzlich anzunehmen, sie sei nicht mehr gut oder war es vielleicht nie. Es fällt ihm also gar nicht schwer, sich in Personenfragen umzuorientieren. Eine gewisse Labilität ist mit dieser Personenorientierung tatsächlich verknüpft. Und wir meinen auch zu wissen, woran das liegt: Der Mensch braucht bei einer Umorientierung gegenüber Personen sein inneres Überzeugungsgefühl nicht zu ändern. Sogar seine parteipolitischen Grundhaltungen können die gleichen bleiben.

„Die Bevölkerung hat nicht mehr den Eindruck, daß sie vor allem nach wirtschaftlichen Kriterien entscheiden muß“

HK: Ein Glaubenssatz in der öffentlichen Meinung, vor allem bei Politikern, lautet, Wahlen würden immer noch in der Hauptsache durch wirtschaftliche Motive ent-

den. Läßt sich diese Meinung durch die Demoskopie bestärken?

Noelle-Neumann: Dieser Eindruck wurde von der Demoskopie wesentlich erhärtet in den fünfziger Jahren. Anfang der fünfziger Jahre konnten wir den deutlichen Zusammenhang aufzeigen zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen, den wirtschaftlichen Erwartungen und Ängsten und der Zuwendung oder Abwendung von der amtierenden Regierung. Der Zusammenhang war damals ganz deutlich zu erkennen. Während des Korea-Krieges wurde Männern wie Adenauer und Erhard das Vertrauen der Öffentlichkeit in einer Weise und in einem Umfang entzogen, wie man es sich heute gar nicht mehr vorstellen kann, weil Männer wie Adenauer und Erhard für uns zu Denkmälern geworden sind. Im übrigen hat Adenauer mit Hilfe wirtschaftlicher Mechanismen immer dafür gesorgt, daß das, was der öffentlichen Meinung mühsam abzurufen war, unmittelbar nach den Wahlen durchgeführt wurde. Am Schluß blieb ihm dann genügend Schonzeit, um mit immer neuen wirtschaftlichen Einfällen die Stimmung zu verbessern. Damit kreierte er den Mythos, daß vor jeder Wahl das schönste SPD-Hoch sich wie in ein Nichts auflöste.

HK: Wie sieht es damit heute aus? Auch die gegenwärtige Regierung gibt sich besonders nach überwundener Rezession wirtschaftsstark?

Noelle-Neumann: Auf die Frage, wie es ihnen wirtschaftlich geht, erklärt heute nur ein Prozent der Bevölkerung, daß es ihnen wirtschaftlich schlecht geht. Darüber hinaus gibt es noch ungefähr 14 Prozent, die sagen, sie seien knapp dran, sie könnten sich nur das Nötigste leisten, aber als arm fühlen sie sich nicht. Insgesamt ist in den letzten Jahren trotz Arbeitslosigkeit und Geldentwertung das wirtschaftliche Befinden der Bevölkerung gut geblieben. In so einer Lage gewinnt die Bevölkerung nicht mehr den Eindruck, daß sie vor allem nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden muß. Seit geraumer Zeit ist es durchaus so, daß den beiden großen Parteien eine etwa gleich große wirtschaftliche Lösungskompetenz zugesprochen wird. Man ist nicht der Meinung, daß sich bei einem Regierungswechsel im Wirtschaftlichen sehr starke Unterschiede ergeben würden. Wir haben andere Bereiche, in denen die unterschiedliche Parteienbewertung sehr viel deutlicher zum Ausdruck kommt. In Fragen der Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit haben die Unionsparteien einen deutlichen Vorsprung. Die SPD präsentiert sich dem Wähler als überlegen im sozialen Bereich. Man erwartet von ihr eher als von der CDU/CSU, daß sie die Schwächeren schützt. Und solche Vorstellungen sind dann auch wahlentscheidend.

HK: Widersprechen aber nicht zwei Einbrüche im Meinungstrend während der laufenden Legislaturperiode dieser Bewertung? Als 1973 sich der Meinungstrend gegen die Regierung Brandt zu richten begann, verschlechterten

sich anhand der objektiven Daten deutlich die wirtschaftlichen Erwartungen, und der Slogan „Den Aufschwung wählen“ hatte doch wohl mit dem relativen Erfolg der SPD/F.D.P. 1975 in Nordrhein-Westfalen zu tun...

Noelle-Neumann: Dem kann ich nicht zustimmen. Zunächst das Jahr 1973 mit seinen erheblichen Verfinsterungen, die dann in den Wahlen von Hamburg 1974 einen Einbruch zu Lasten der SPD brachten. Wir haben diesen Vorgang im Herbst 1973 analysiert und die Analyse veröffentlicht. Wir haben dabei überhaupt nicht von Wirtschaft gesprochen. Die Gründe für den damaligen Umschwung fanden wir vielmehr in der Enttäuschung über die Ostpolitik und zugleich in einem tiefen Zweifel an der Führungspolitik von Brandt. Die größte Sorge der Bevölkerung war damals nicht die Angst vor wirtschaftlichen Fehlentwicklungen, sondern der Eindruck, daß die Regierung schwach war. Der Eindruck von einer schwachen Führung ist für die Bevölkerung ein furchtbarer Alarmgedanke, denn sie weiß sehr wohl, daß sie in der Demokratie auf eine handlungsfähige Regierung angewiesen ist. Sie weiß das um so besser, als sie selbst die Details in Sachfragen nicht durchschauen kann. Die Regierung muß stark sein. Das ist für die Bevölkerung die Hauptsache. Und die Regierung Brandt empfand sie nicht mehr als stark. Dann die Situation in Nordrhein-Westfalen. Es konnte eindeutig nachgewiesen werden, daß dort die Sorge vor einer Sonthofener-Entwicklung den entscheidenden Bruch herbeigeführt hat. Dazu kam das Stockholmer Ereignis. Den ganzen Winter über von Dezember bis März lag die CDU klar in Führung. Ende März dreht sich der Trend um und in der Woche nach Stockholm noch einmal mit einem Schlag um 3 bis 4 Prozent zugunsten der SPD. Wir konnten anhand von parallel laufenden Umfragen eindeutig belegen, daß diese beiden Daten – Sonthofen und Stockholm – ausschlaggebend waren. Das Ganze wurde sicherlich durch ein Klima der wirtschaftlichen Aufschwungserwartung zusätzlich begünstigt. Aber dies war nicht ausschlaggebend. Selbst als die Arbeitslosigkeit über eine Million anstieg und man erschrocken erkannte, daß sie von Dauer sein würde, gab es keine nennenswerte Erschütterung in der SPD-Anhängerschaft. Diese hat sich zwar bewegt, aber nicht in diesem Sinne. Selbst im November/Dezember und Anfang 1975/76, zur Zeit der höchsten Arbeitslosigkeit also, erlebten wir ein SPD-Hoch.

HK: Vermuten wir richtig, daß gerade jenes SPD-Hoch in der Hauptsache auf die damaligen Führungsprobleme an der Unionsspitze zurückzuführen war?

Noelle-Neumann: Ich würde sagen, eine unklare Führungslage und mangelnde Loyalität an der Spitze sind für die Bevölkerung immer ein Äquivalent für Führungsschwäche.

HK: Erlauben Sie mir noch eine Zusatzfrage zur wirtschaftlichen Seite. Sie sagten vorhin, nur ein Prozent der

Bevölkerung fühle sich wirtschaftlich arm. Wie geht diese subjektive Selbsteinschätzung zusammen mit den Erhebungen des sog. Geißler-Berichtes über die soziale Lage in der Bundesrepublik, nach dem ca. 6 Millionen (Familienmitglieder eingerechnet) mit einem Einkommen unterhalb des Sozialhilfesatzes auskommen müssen?

Noelle-Neumann: Diese Daten mögen objektiv sorgsam erarbeitet worden sein, aber sie werden subjektiv nicht so empfunden. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Eigensituation ist außerordentlich subjektiven Kriterien unterworfen. Die Frage, welche Erwartungen jemand hat, ist dabei viel wichtiger, als welche objektiven Daten von außen gesetzt werden.

„Der Schwund an religiöser Motivation beim Wähler läßt sich am ehesten durch alternative Grundpositionen auffangen“

HK: Gestatten Sie eine Frage ganz anderer Art, die sich offenbar als recht ambivalent erweist. In den späten sechziger und frühen siebziger Jahren erlebten wir eine starke Reideologisierung vor allem im politischen Bereich, aber diese Reideologisierung geschah gleichsam im Substitutionsverfahren, d. h., es wurden gesellschaftliche Hoffnungen politisch „transzendiert“, während beim Wahlbürger jedenfalls religiös weltanschauliche oder gar konfessionelle Motive weiter an Gewicht verloren haben. Was schließen Sie aus dieser Entwicklung?

Noelle-Neumann: Zweifellos ist im weltanschaulichen Bereich die Entwicklung insgesamt ambivalent, im Blick auf die Kirchen äußerst kritisch, und es wird gut sein, diese Entwicklung nicht zu überdecken. Entscheidend ist dabei weniger, wie weit sich religiös-weltanschauliche Überzeugungen unmittelbar im Wählervotum niederschlagen oder nicht. Auch die Entwicklung der religiösen Zugehörigkeit als solcher, die sich im Kirchenbesuch und in der Teilnahme am religiösen Leben ausdrückt, ist, auch wenn da starke Rückgänge zu beobachten sind, nicht das eigentlich Aufregende. Sehr viel nachdenklicher macht der Schwund an Lebenskraft religiöser Überzeugungen, die selbstverständlich auch auf das gesellschaftliche und politische Weltbild Einfluß haben. Fragt man nach Glaubensinhalten und der dazugehörigen religiösen Praxis, dann läßt sich anhand zahlreicher Indikatoren ein unaufhaltsamer Schwund an sozial vermittelter Religiosität feststellen. Es sieht fast so aus, als ob das ganze Trägersystem zusammenfiere. Jeder weiß, daß religiöse Haltungen erst einmal in den verschiedenen Sozialisationsprozessen, in Familientradition gebildet werden müssen. Wenn nun, wie augenblicklich erkennbar, die gegenwärtige Elterngeneration Glaubenssätze und die dazugehörigen Gewohnheiten – ob es sich nun um Fragen des Jenseits oder um schwindende Gebetspraxis handelt – unaufhaltsam reduziert, entfallen viele Träger, die auch eine Glaubensgemeinschaft braucht. Es kommt dabei nicht auf die Höhe des Prozent-

satzes, sondern auf die Stetigkeit und Eindeutigkeit der Entwicklung an, die wir jetzt schon seit gut fünfzehn Jahren beobachten können. Vielfach werden diese Tatsachen aber noch zugedeckt, weil gesellschaftliche Grundhaltungen auch unabhängig von Glaubensüberzeugungen resistent bleiben.

HK: Sie sprechen die religionssoziologische Grunderkenntnis an, daß Grundhaltungen auch abgelöst von Glaubens- und religiösem Traditionsgut weiterexistieren ...

Noelle-Neumann: Ja, das meinte ich mit Resistenz. Aber Haltungen lassen sich natürlich auch sehr viel eher ablösen oder für nicht legitimiert oder für unwirksam erklären, wenn sie nicht mehr mit Glaubensinhalten und Glaubenspraxis verbunden sind.

HK: Ein aktuelles Beispiel solcher Resistenz im politischen Bereich wäre Holland. dort hat nicht nur ein scharfer Säkularisierungstrend weitgehend auch traditionell christliche Milieus erfaßt, sondern zu ausgeprägten Umformungs- und Auflösungserscheinungen in der kirchlichen Gemeinschaft geführt. Das System konfessioneller Parteien schien davon aber lange unberührt zu bleiben, die Schwierigkeiten sind erst in den letzten Jahren greifbar geworden. Es scheint aber nicht zu einer Umformung in „säkulare“ Parteien zu kommen, vielmehr sucht man in einer Fusion nach dem Muster der deutschen Unionspartner einen Ausweg. Frage: Welche Grundüberzeugungen als Integrationselemente bleiben? Was tritt an die Stelle politisch relevanter religiöser Tradition?

Noelle-Neumann: Holland ist diesbezüglich und im Verhältnis zur Bundesrepublik ein sehr spezieller Fall, auf den wir hier wohl nicht ausführlich genug eingehen können. Ich möchte Ihre Frage grundsätzlich beantworten. Der Schwund an religiöser Motivation bei breiten Wählerschichten läßt sich durch Parteien am ehesten durch Überleitung in alternative Grundpositionen auffangen. Eine solche alternative Grundposition, die in ihrer Motivation noch stark mit christlichen Grundüberzeugungen zu tun hat, wäre etwa: Person – Kollektiv. Es gibt genügend Menschen, die Politik weniger in der Perspektive der Gruppe oder des Kollektivs verstehen, sondern entschieden vom Menschen als Person ausgehen. Für diese Position finden sich in der religiösen Tradition des Christentums Elemente – der einzelne und sein Gewissen, der Mensch als einzelner in seiner Verantwortung vor Gott –, die für eine Umformung in ein politisches Konzept, das von breiten Bevölkerungsschichten bejaht wird, hervorragend geeignet sind. Ich bin mit einem Wort der Meinung, daß auch Personen ohne eine kirchliche Orientierung glauben, daß die entscheidenden Kräfte der Gesellschaft aus den Personen kommen müssen. Diese Orientierung an der Person kann so gewisse Plätze besetzen, die von einer religiösen Orientierung her preisgegeben sind. Schließlich liegt diese Orientierung auch unserer Verfassung zugrunde.

HK: Damit wären wir beim Thema Freiheit als einer personalen Grundkategorie des Politischen.

Noelle-Neumann: Ja, meine Frage ist: Läßt sich das nicht überleiten in eine Vorstellung von einer Gesellschaft, die ihre Individuen stärkt, die den Individuen ein Höchstmaß an Selbstverwirklichung ermöglicht? Dabei meine ich nicht so sehr Freiheit von etwas, sondern Freiheit zu etwas. Es wird bei uns gegenwärtig viel die Frage diskutiert, wie Menschen, die in den fünfziger oder sechziger Jahren aufgewachsen sind und Gewalt, Diktatur und Zwang nicht erlebt haben, überhaupt zu einer echten Freiheitserfahrung kommen können. Es ist richtig, Freiheit von etwas mögen sie so nicht erleben, aber sie erleben Freiheit zu etwas. Sie erleben, um ein Wort Romano Guardinis anzuknüpfen, Freiheit als die Möglichkeit, so zu leben, „wie es mir entspricht“.

HK: Mehr Freiheit als Weg zu Glück und Existenzerfüllung, das wird von Lebenshelfern aller Art suggeriert, auch von Politikern. Aber – ich weiß nicht, ob Sie in Ihrem Bereich entsprechende Ergebnisse haben – steht dieses Postulat nicht im Gegensatz zu deutlichen Zeichen von Sinnverlust?

Noelle-Neumann: Es macht uns natürlich nachdenklich, daß wir zwei Bewegungen in unserem Material sehen, die beide auch politische Bedeutung haben, aber nicht nur politische. Das ist einmal die Aussage, daß einem das Leben so sinnlos vorkommt. Die Zahl derer, die so denken und fühlen, wächst ständig. Zum anderen: Mit der Ratlosigkeit in der Sinnfrage eng verknüpft ist die Verbreitung von Langeweile. Es wächst die Zahl derer, denen am Sonntag die Zeit zu lang wird. An sich haben wir in unserer Gesellschaft ein Stereotyp: „Ich langweile mich nie.“ Um so mehr muß diese aufgezeigte Entwicklung zu denken geben. Und ich frage mich, wie man sich mit diesen beiden Beobachtungen: der Zunahme eines quälenden Gefühls von Sinnlosigkeit und des mindestens so quälenden Gefühls von Langeweile, auseinandersetzt. Ich meine, daß solche Entwicklungen auch Politiker nachdenklich machen müßten...

HK: Aber sind Politiker zuständig für Sinnfragen oder gar für Sinnerlebnisse, für das erlebte Glück des einzelnen sozusagen? Ich kann mich erinnern, Sie diskutierten, ich glaube es war 1973, dasselbe Problem einmal mit Herbert Wehner...

Noelle-Neumann: Ich habe immer gemeint, daß sowohl Sozialdemokraten wie die Kirche die Glücksfrage lange Zeit vernachlässigt haben, weil sie Glück als ein Konsumgut gesehen haben.

HK: Also nicht eigentlich die Glücksfrage, sondern das Glück als Sinnfrage?

Noelle-Neumann: Ja, aber sehr verarbeitet ist das alles noch nicht.

„Alternativen so zuspitzen, daß sie zum Stoff des Nachdenkens werden“

HK: Darf ich noch einmal zurückkehren zum Stichwort „Freiheit“, denn wenn ich Sie richtig verstehe, sehen Sie darin eine wesentliche Voraussetzung und ein wesentliches Element gelungenen Lebens. Nun taucht dieses Stichwort als politische Kategorie nicht nur im Wahlkampf auf. Seit Jahren hört man, die Zunahme der Wertschätzung von Freiheit lasse sich auch in den laufenden Umfragen nachweisen. Ist das so? Und wenn ja, verstärkt sich die Relevanz dieses Wortes oder Motivs, weil die Angst vor dem Freiheitsverlust wächst oder weil man meint, man müsse Freiheit im Sinne von mehr Liberalität oder gar Libertinage erst gewinnen?

Noelle-Neumann: Ich glaube, vieles spricht für die erste Vermutung. Die Bedürfnisse nach mehr Liberalität im Sinne von Alles-Zulassen sind in den letzten Jahren bereits intensiv ausgespült worden. Die Bevölkerung hat gegenwärtig nicht den Eindruck, daß ihr etwas vorenthalten werde oder daß sie unter zuviel Geboten leide. Das Ergebnis eines Tests, den wir gerade durchgeführt haben, macht aber ganz deutlich: Freiheit steht auf der Wertskala der Bevölkerung, wenn sie davon sprechen, was ihnen wichtig ist, welches die Ziele sind, für die sie sich anstrengen würden, ganz oben. Gerade deshalb wollten wir wissen, was die Bevölkerung mit Freiheit eigentlich meint. Wir haben durch eine Liste von Vorgaben zu prüfen versucht, an was sie beim Wort Freiheit in erster Linie denken. Wir haben z. B. gefragt, ob Freiheit heute etwa im Sinne von Alles-Dürfen etwa keinen sexuellen Schranken unterworfen zu sein bedeutet. Und wir erhielten die Belehrung, daß das in der Meinung der Bevölkerung ganz am Ende von der Idee von Freiheit steht. Ganz oben steht indessen Menschenwürde. Das bestärkt mich in der Vorstellung, daß es um ein Menschenbild geht, das als gefährdet empfunden wird. Sie fragten mich, ist es Sorge, ist es Angst? Ich glaube, es ist Angst, und zwar einmal haben die Deutschen im eigenen Nationalbereich mit gleicher Sprache und gleicher Geschichte ein Gesellschaftssystem, in dem die personale Freiheit unterdrückt oder gefährdet wird. Das können sie heute besser sehen als irgend jemand sonst, weil es ihnen ja so unmittelbar durch verstärkte Kontakte, durch den Reiseverkehr ganz deutlich vor Augen liegt. Wir haben dies seit ein paar Jahren besonders deutlich auch bei der Frage beobachtet, ob man glaubt, daß sich bei uns der Sozialismus auf Dauer durchsetzen wird. Es gibt gegenwärtig eine klare Mehrheit, ich glaube, es sind 56 Prozent, die sagen: ja, der Sozialismus werde sich bei uns durchsetzen. Aber der Anteil derer, die eine solche Entwicklung positiv bewerten würden bzw. im Sozialismus einen Fortschritt sehen, ist wesentlich geschrumpft. Augenblicklich sind es nur noch sieben Prozent. Die weitaus größte Gruppe sieht darin eine Gefahr. Damit ist Ihre Frage beantwortet: es ist eine Situation der Angst.

HK: Aber gleichzeitig stellt man die weitere Zunahme von

Gleichheitsbestrebungen fest, Gleichheit wenigstens im Sinne von mehr sozialer Gerechtigkeit. Und es ist weiterhin das Empfinden da, daß unsere Ordnung sozial nicht so gerecht ist, wie man sie sich vorstellt ...

Noelle-Neumann: Ja, das ist richtig und sehr interessant. Die Empfindlichkeit für Gerechtigkeit im Sinne von Gleichheit ist immer weiter gestiegen, wenn auch nicht mehr so stark wie zwischen 1965 und 1970. Aber das Gesamtergebnis gilt: Im Zweifel für die Freiheit, und: Eine Gesellschaft kann nicht gut sein, die die persönliche Freiheit nicht als oberstes Gut verteidigt.

HK: Folgt man Ihrer Darlegung, so möchte man meinen, in der für den Vorwahlkampf geschaffenen Formel „Freiheit statt Sozialismus“ bahne sich eine die Bevölkerung schon lange umtreibende Auseinandersetzung um eine grundsätzliche Alternative an. Auf der anderen Seite hat aber auch die Meinung einiges für sich, da man durch die Ausweitung und Verdichtung technologischer und administrativer Systeme im politischen Gestaltungswillen stark begrenzt und zu einer sehr pragmatischen Politik verurteilt sei, rede man den Grundsatzstreit fast gewaltsam herbei ...

Noelle-Neumann: Ich weiß nicht, ob das Wort gewaltsam so richtig ist. Ich meine, jeder Wahlkampf ist eine Chance, etwas gedanklich zu klären. Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre meiner Ansicht nach, ein Wahlkampf, in dem diese Chance nicht mehr wahrgenommen, sondern wo unter dem Gesichtspunkt der Resonanz das bereits Vorbereitete nur wiederholt würde. Ein Wahlkampf sollte meiner Ansicht nach die Chance sein, etwas, was vielleicht noch nicht ausreichend gedanklich verarbeitet ist, so zum Thema zu machen, daß es nun verarbeitet werden muß. Ich glaube, wir sollten den Wahlkampf als eine Möglichkeit der Information nicht unterschätzen. Wir wissen, daß jeder Wahlkampf eine Steigerung von staatsbürgerlichem Wissen bedeutet. Jeder Wahlkampf ist auch eine Art von politischer Bürgerfortbildung. Er ist also ein ganz wichtiger Teil des demokratischen Prozesses. Er ist um so wichtiger, als es sonst sehr schwierig ist und nur selten passiert, daß Menschen dazu bewegt werden können, sich mit Schlüsselbegriffen politischer Entwicklung ausreichend auseinanderzusetzen. Ich sehe es so, daß Politiker und Parteien jeweils aufgefordert sind, Gedanken und Alternativen so zuzuspitzen, daß sie zum Stoff des Nachdenkens werden.

„Soziale Kälte entsteht in einem Zeitklima, durch das Ethik für ein bloßes Reservat der Kirchen gehalten wird“

HK: In letzter Zeit scheint sich so etwas wie eine Grundwertediskussion vor allem im vorpolitischen Raum, besonders in den Kirchen, anzubahnen ... Könnte man darin einen zeitgemäßen Beitrag zur politischen Aufklärung sehen?

Noelle-Neumann: Wenn man sich vor Augen führt, wie virulent die Sinnfrage erscheint und wie stark in unserer Gesellschaft die Zunahme des Gefühls von Sinnlosigkeit ist, muß man sagen, ein auch politisches Nachdenken über Grundwerte wäre das aktuell Notwendige.

HK: Diese Diskussion scheint aber schon an ihrem Beginn an einem verdeckten Mißverständnis zu leiden. Die Politiker zielen in erster Linie auf Grundwerte im politisch-sozialen Handeln, die Kirche hingegen hat vornehmlich ethische Grundwerte im Sinn. Das kann man zwar nicht voneinander trennen, aber es ist nicht dasselbe.

Noelle-Neumann: Zunächst erscheint ein anderes Mißverständnis gefährlicher, und ich weiß nicht, ob in den Grundwerten nicht zunehmend das Wichtigste auch von der Politik gesehen werden muß. Ich sage das aus folgendem Grunde: Wir hatten in den letzten Jahren eine mißverständliche Diskussion über Bedürfnisse und Bedürfnisstruktur des Menschen. Natürlich, der Mensch ist unfertig, und deswegen wird diese Diskussion nie zu Ende sein. Aber ich habe den Eindruck, sie sei eigentlich überhaupt noch gar nicht richtig begonnen worden. Wir leben noch immer in einer Situation, in der man vorweg meint, es seien erhebliche materielle Bedürfnisse zu befriedigen. Wir verfeinern unser Instrumentarium, um Armut zu messen, und wir haben gewisse moderne psychologische Theorien, denken Sie an die Maslowsche Bedürfnisskala, nach denen wir angeben, welche Bedürfnisse des Menschen erfüllt sein müßten, bevor wir ihn überhaupt für irgend etwas anderes interessieren können. Man denkt an Konsumbedürfnisse, an Wohnung, an Ernährung usw. Dies ist ein Irrtum. Ich bin überzeugt, daß die materielle Bedürfnisschwelle des Menschen viel tiefer angesetzt werden kann, als man es augenblicklich tut. Es muß nur so geschehen, daß keine allzu großen Ungleichheiten entstehen. Bedürfnisse sind relativ. Wir sprechen von der relativen Deprivation. Denken Sie an das große Lehrbeispiel der Jahre 1945 bis 1948. Damals waren materielle Bedürfnisse nur auf einer untersten Ebene befriedigt. Trotzdem wissen alle, die die damalige Zeit erlebt haben, daß es eine ganze Reihe von sehr intensiven Glückserfahrungen in jenen Jahren gegeben hat. Offenbar waren menschliche Bedürfnisse, die nicht im Materiellen liegen, damals besser befriedigt worden.

HK: Aber Glückserfahrung in was?

Noelle-Neumann: Einmal im Bedürfnis nach Freiheit, das allein war damals fast schon ausreichend. Und das kann man durchaus verallgemeinern. Das Freiheitsbedürfnis scheint so stark zu sein, daß eine sehr niedrige materielle Bedürfnisbefriedigung gekoppelt mit einer Freiheitssphäre den wesentlich glücklicheren Menschen ergibt als ein hoher materieller Standard und wenig Freiheit. Der Mensch ist im materiellen Bereich erstaunlich elastisch, er paßt sich nach unten und nach oben an, er hat ziemlich hohe Bedürfnisse, aber er kann sich auch, das wissen wir heute,

ziemlich rasch nach unten anpassen. Wir können bei Rezessionen beobachten, daß sich solche Anpassungen vollziehen und relativ problemlos verkraftet werden.

HK: Auch ein spürbares Abgleiten auf der sozialen Skala?

Noelle-Neumann: Nein, ich meine nicht einen relativen Positionsverlust auf einer Skala, sondern Absinken von Lebensstandard, was erträglich ist, wenn es die ganze Gesellschaft betrifft. Daran kann sich der Mensch gut anpassen. An was sich der Mensch offenbar nicht anpassen kann, ist ein Klima der sozialen Kälte. Und hier sehen Sie, wie politische Fragen in Ethik übergehen. Ein kaltes, freudloses soziales Klima der Unfreundlichkeit, des Rücksichtslosen, des Sich-unbeteiligt-Fühlens ist offenbar für den Menschen eine starke Erfahrung des Leidens. Nun glaube ich, daß sehr viel an sozialer Kälte entsteht in einem Zeitklima, durch das Ethik für ein bloßes Reservat der Kirche gehalten wird, das uns sonst gar nichts angeht. Und ich meine, daß in diesem Bedürfnis des Menschen nach sozialer Wärme ein Bereich steht, der weit wichtiger ist als das Abmessen von Armut. Ich sehe aber nicht, daß sich jemand dieser Frage der sozialen Wärme oder Kälte schon ausreichend und ernsthaft angenommen hätte.

HK: Wenn ich Sie richtig verstehe, messen Sie dem Politiker im Blick auf Grundwertfragen eine sehr verpflichtende Rolle zu. Aber richten Sie an Politik und Politiker nicht Erwartungen, die diese nicht einlösen können. Wir haben eine Ära der Desillusionierung hochgeschraubter Erwartungen politischer Beglückung eben erst hinter uns ...

Noelle-Neumann: Da wir in einer Zeit leben, in der die Auseinandersetzung um mehr oder weniger persönliche Freiheit in der Gesellschaftsordnung eine so große Bedeutung gewonnen hat, ist es nicht möglich, daß sich ein Teil der Welt in seinen politischen Führern dieser Auseinandersetzung entzieht. Der andere Teil betreibt die Durchsetzung seiner Überzeugung von der besten Gesellschaftsordnung sehr nachdrücklich auf seine Weise. Also werden auch wir uns dem politisch nicht entziehen können.

HK: Zugegeben, aber überfordern wir nicht wieder die Leistungsfähigkeit politischer Führung?

Noelle-Neumann: Ich muß ehrlich sagen, wir haben es nicht in der Hand, diese Auseinandersetzungen in eine unpolitische Sphäre zu verlegen.

Diskussion und Kontroverse

Grundwerte in Staat und Gesellschaft

Stellungnahmen von Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Werner Maihofer

Die Katholische Akademie Hamburg veranstaltete in den Monaten Mai und Juni in drei Folgen ein politisches Forum zum Thema Grundwerte. Es sprachen in zeitlicher Reihenfolge Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) am 23. Mai, der CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidat der Unionsparteien Helmut Kohl am 13. Juni und Bundesinnenminister Werner Maihofer (F.D.P.) am 20. Juni. Wegen der aktuellen Bedeutung des Themas auch für das Verhältnis zwischen der Kirche und den politischen Parteien und im Blick auf die Vorwahlkampfzeit dokumentieren wir die drei Reden in Auszügen. Die zeitliche Reihenfolge der Redner erlaubt es, jeweils auf die Position des Vorredners einzugehen. Trotz sehr unterschiedlicher Perspektiven, die gelegentlich den Eindruck erwecken konnten, die Redner argumentierten aneinander vorbei – Schmidt und Maihofer gingen in Offensive gegen die Kritik aus der Kirche, die die Zerstörung von Grundwerten konstatiert, Kohls Adressat war neben dem Bemühen um die Darstellung der Wertgrundlagen der eigenen Partei

der politische Gegner, die sozialliberale Koalition, insbesondere die SPD –, profilieren sich in ihren Ausführungen doch deutlich die gegensätzlichen Positionen sowohl in der Einschätzung des Themas wie in dessen Konkretion für die Politik und Gesetzgebung.

Helmut Schmidt: Kirche, dies ist deine Sache

Wenn ich heute über das Problem der Grundwerte reden soll, so will ich damit nicht zu jener Diskussion Stellung nehmen, die unter dem gleichen Stichwort gegenwärtig in den großen politischen Parteien geführt wird, eine Diskussion, zu der ich vor knapp 14 Tagen im Deutschen Bundestag beizutragen mich bemüht habe. Ich verwende im folgenden den Begriff „Grundwerte“ vielmehr in dem Sinne, in dem er in dem amtskirchlichen Vorwurf ge-